

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

25.1.1887 (No. 21)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 25. Januar.

Nr. 21.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

1887.

Amflicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 19. Jan. d. J. gnädigst geruht, den Oberpostsekretär Wilhelm Weinmann bei dem Kaiserlichen Postamt I in Karlsruhe zum Oberpostkassenbuchhalter bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion Karlsruhe zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 20. d. M. gnädigst bewegen gefunden, den Königlich Preussischen Rittmeister a. D. Constantin Grafen von Hennin zum Kammerherrn zu ernennen.

Nicht-Amflicher Theil.

Karlsruhe, den 24. Januar.

Die Tendenz der öffentlichen Meinung bleibt vorwiegend immer noch den Friedenswünschen und Friedenshoffnungen zugewandt, obwohl sie sich des Eindruckes nicht ganz zu erwehren vermag, den die Meldungen der letzten Zeit aus dem deutsch-französischen Grenzraum notwendiger Weise hervorbringen müssen. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben mit Bezug hierauf: Zu unmittelbaren, konkret formulierten Besorgnissen fehlt allerdings die letzte Veranlassung; zwischen uns und unserem westlichen Nachbar liegen die Verhältnisse — so weit die moralische und völkerpsychologische Seite in Frage kommt — heute nicht besser und auch nicht schlechter, als dies seit dem Tage des Frankfurter Friedensschlusses dauernd der Fall gewesen ist. Gingenen kann freilich nicht geleugnet werden, daß der militärische Rüstungsapparat der Franzosen heute formidabler ist als jemals, sowie daß die innerpolitische Situation der französischen Republik ebenfalls sich als prekärer darstellt, wie zu irgend einem Zeitpunkt innerhalb der letzten sechs Jahre; daß mithin die Verlockung zur Eröffnung des Revanchekrieges unter dem militärischen wie unter dem parteipolitischen Gesichtspunkte eine Intensität erlangt hat, die uns zwingt, jede Bewegung des zum Losschlagen gerüsteten und bereiten Todfeindes auf das Sorgfältigste zu überwachen. Während im Osten Europa's die Spannung der Gegensätze schwächer zu werden scheint und Symptome einer Annäherung zwischen den widerstrebenden Interessensphären auf der Balkanhalbinsel zu verzeichnen sind, behauptet das an unserer Westgrenze lagernde schwere Gewölk seinen Platz mit einer Beharrlichkeit, welche nur zu deutlich verkündet, daß wir uns stets auf eine unvermuthet plötzlich hereinbrechende Katastrophe gefaßt halten müssen — ein unbehaglicher Zustand, dessen Konsequenzen unsere gesammte nationale Lebenshaltung in Mitleidenschaft ziehen, ohne daß ein vorläufiges Ende dieser ernsten Situation für uns abzusehen wäre. Die Konjunktur gestaltet sich für uns noch um so mißlicher, als wir im eigenen Lande mit Bestrebungen zu kämpfen haben, welche Wasser auf die französische Revanchemühle sind, weil sie in den Köpfen unserer Nachbarn ganz schiefe Vorstellungen über die Widerstandsfähigkeit des Deutschen Reiches zu erzeugen geeignet sind und am letzten Ende sogar dazu beitragen können, daß der Ausbruch der französischen Volkseidenschaft unabwendbar wird.

Gegenüber der von regierungsfreundlicher Seite gebrachten Nachricht, daß die Antwort, welche Seine Majestät der Kaiser der Deputation des Herrenhauses gegeben hat, einfach nach besser Erinnerung niedergeschrieben worden sei, so daß der Widergabe der kaiserlichen Antwort ein authentischer Bericht beigelegt werden könnte — ist die „Post“ in der Lage, nach Erkundigungen, welche dieselbe bei den Mitgliedern der Deputation des Herrenhauses eingezogen hat, zu erklären, daß die Veröffentlichung des Wortlautes der kaiserlichen Antwort mit Allerhöchster Genehmigung erfolgt ist, nachdem die Richtigkeit desselben von Seiner Majestät Allerhöchstselbst festgestellt worden war.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ sagt in ihrer Journalrevue: Einige Blätter der in das Kartell der reichsten Parteien eingeschlossenen Richtungen können es nicht vermeiden, den gemeinsamen Gegnern das Vergnügen zu bereiten, fortgesetzt über die Bedeutung und den Umfang der getroffenen Vereinbarung zu polemisieren. Diefem Gebahren tritt die „Konservative Korrespondenz“ entgegen, indem sie betont, daß dieselbe ebenfalls nicht geeignet, die Wirkung dieser Vereinbarung zu fördern. Wir müssen angesichts dieser Kontroverse aber konstatieren, daß das von uns veröffentlichte Wahlkartell genau alle diejenigen Punkte wiedergibt, über die wirklich eine Einigung stattgefunden hat; und es kann auf Grund zuverlässiger Information nur ausgesprochen werden, daß von Vorbehalten, welche daneben noch unausgesprochen von irgend einer Seite gemacht wären, keine Rede sein kann. Wie das im Eingange des Wahlkartells ausdrücklich erklärt ist, wenden sich die Vorstände der drei beteiligten Parteien an die Parteigenossen im Lande mit der Bitte, für die Durchführung der vereinbarten Grundzüge Sorge tragen zu wollen. Darüber, daß in einzelnen Wahlkreisen lokale und persönliche Verhältnisse, die aus früheren Wahlkämpfen zurückgeblieben, oder in besonderen Momenten des Gegenfases ihre Nahrung findende Parteileidenschaft zc. unter Umständen der Verwirklichung der Vereinbarung Schwierigkeiten bereiten könnten, hat sich wohl Niemand einem Zweifel hingegen. Es ist deshalb auch mit voller Absicht für solche Fälle auf die Anrufung der Parteivorstände hingewiesen, denen es hoffentlich

überall gelingen wird, bei vorhandenen Differenzen eine Ausgleichung herbeizuführen. Das Schwerkgewicht der Entscheidung liegt ja faktisch bei der Wählerschaft im Lande, und es kommt darauf an, daß bei dieser das Bewußtsein zum Durchbruch kommt, daß bei der vorliegenden Sachlage die Einigung aller derjenigen Elemente, die von der Nothwendigkeit, dem Reichsgedanken und dem monarchischen Gedanken seine volle Kraft zu bewahren, durchdrungen sind, die Hauptfache bildet, und die Lösung dieser Aufgabe jetzt in den Vordergrund treten muß. Man wird, wenn man seine Stellungnahme von diesem Grundzuge leiten läßt, der höheren politischen Auffassung gerecht werden, welche zum Abschluß dieses Wahlkartells geführt hat.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ beschäftigt sich gleichzeitig mit dieser Angelegenheit und sagt das nationalliberale Parteigebilde in vollständiger Uebereinstimmung mit dem konservativen: „Soweit sich jetzt übersehen läßt, ist die konservativ-nationalliberale Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen überall auf einen fruchtbareren Boden gefallen und die Kandidatenaufstellung auf Grund dieser Vereinbarung vollzieht sich in erfolgversprechender Weise. Wenn es an einzelnen Orten und über einzelne Persönlichkeiten zu Differenzen kommen sollte, so wäre es wünschenswert, wenn die Sache billiger Vermittlung und Entscheidung durch die Parteivorstände anheimgegeben würde, anstatt darüber in gereizte Preberörterungen einzutreten und wegen vereinzelter Vorkommnisse gleich den Fortbestand und die Durchführbarkeit der ganzen für alle beteiligten Parteien und für die Reichspolitik unseres Vaterlandes sehr werthvollen Verständigung in Frage zu stellen. Die Parteivorstände haben sich von Anfang an nicht verhehlt, daß Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten nicht in allen Fällen zu vermeiden sein würden; sie haben in dem Wahlkartell auch ausdrücklich bemerkt, daß die Abmachungen „in der Regel“ gelten sollten, und damit angedeutet, daß sie sich darauf gefaßt machten, die allgemeine Regel nicht unter allen Umständen durchsetzen zu können. Dazu fehlt es den Parteivorständen schon an der zwingenden Einwirkung auf die Wähler, die sich der Selbständigkeit ihrer Entscheidungen nicht entziehen wollen.“

Deutschland.

* Berlin, 23. Jan. Seine Majestät der Kaiser erledigte heute Vormittag zunächst einige Regierungsangelegenheiten und begab sich darauf gegen 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, begleitet vom Generaladjutanten Fürsten Radziwill, zur Feier des Krönungs- und Ordensfestes in's königliche Schloß, wohin Ihre Majestät die Kaiserin bereits vorausgefahren war. Bei der Ankunft im Schloß waren daselbst die königlichen Prinzen und Prinzessinnen zum Empfange Allerhöchstselben bereits im Kurfürstenzimmer versammelt. Vorher hatte schon in der zweiten Braunschweigischen Kammer die Ordensverleihung und demnächst im Rittersaale die Ordensproklamation in Gegenwart der königlichen Prinzen stattgefunden. Die kaiserlichen Majestäten ließen sich darauf im Rittersaal die neuernannten Ritter des Rothen Adler-Ordens, des Kronen-Ordens und des Haus-Ordens von Hohenzollern vorstellen und nahmen alsdann in gewohnter Weise die Desfilirouren entgegen. Nach derselben kehrte der erlauchte Monarch vom Schloße nach dem kgl. Palais zurück, während Ihre Maj. die Kaiserin auch noch dem ferneren Verlaufe des Festes mit anwohnte. Nach Beendigung des Gottesdienstes in der Kapelle des königl. Schloßes, bei welchem die liturgischen Gesänge vom königl. Domchor ausgeführt wurden und den der Oberhof- und Domprediger Dr. Kögel unter Assistenz der gesammten Hof- und Domgeistlichkeit abhielt, fand dann um 1 Uhr im Weißen Saale, in der Silbergalerie und den angrenzenden Gemächern eine Galatafel statt, zu der etwa 750 Einladungen ergangen waren. An derselben nahmen außer den höchsten Herrschaften und denjenigen Personen, welche bereits zuvor der Festlichkeit beigewohnt hatten, auch die nicht zum Gefolge gehörenden Fürstlichkeiten, die Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler und viele Mitglieder des diplomatischen Corps Theil. Die Tafelmusik wurde von der Kapelle des 2. Garderegiments zu Fuß ausgeführt.

Dem japanischen Prinzen Komatsu Nomihya, welcher bekanntlich im Auftrage des Kaisers von Japan nach Berlin gekommen war, um Seiner königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm einen hohen japanischen Orden zu überbringen, ist das Großkreuz des Rothen Adler-Ordens, und dem Fürsten zu Hohenlohe, Herzog von Ujest, der Schwarze-Adler-Orden verliehen worden.

Dem Bundesrath ist nunmehr das durch Notenaustausch vom 29. Oktober und 1. November v. J. geschlossene Uebereinkommen zwischen Deutschland und England betreffend das Sultanat Sansibar und die Abgrenzung der deutschen und englischen Interessensphären in Ostafrika unter Beifügung einer Erläuterungskarte zur Kenntnissnahme, und zwar im englischen Urtext, zugegangen. Derselbe trägt die Unterschrift des inzwischen verstorbenen englischen Ministers des Auswärtigen, Lord Salisbury.

Die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen, die vereinigten Ausschüsse desselben für Handel und Verkehr, für Justizwesen und für Rechnungswesen, sowie die vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen hielten gestern Sitzungen.

Das Abgeordnetenhaus verwies in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf über die staatliche Subvention der Rheinischen Provinzialhilfskasse an eine besondere, aus 21 Mitgliedern bestehende Kommission. Gegenüber dem Abg. Wehr, welcher die Vorlage als ein Novum bezeichnete, dessen Konsequenzen nicht zu übersehen seien, wies Minister Lucius auf Schlesien hin, wo man vor wenigen Jahren aus gleichen Gründen eine ebensolche Staatshilfe gewährt habe und wo die Verbindung mit der Provinzialhilfskasse ebenfalls als zweckentsprechend erachtet würde. Die Vorlage über die Güterkonsolidation im Regierungsbezirk Wiesbaden ging nach ganz unerheblicher Debatte an eine aus 14 Mitgliedern bestehende Kommission. Auf der Tagesordnung für Montag steht der Etat.

Das deutsch-ostafrikanische Stationennetz ist abermals um eine Station, und zwar in sehr interessanter Gegend, erweitert worden. Dieselbe ist von Hrn. Braune, dem Chef der Station Korogwe, angelegt und darf als der erste gegen das Massajagebiet vorgeschobene Posten bezeichnet werden. Der Name der Station ist Wasi, der Befehl ist Hrn. Jboril übertragen.

Frankreich.

Paris, 23. Jan. Der Ministerrath hat nun doch in der Frage wegen der Deckung des Defizits dem Kammerausschusse nachgegeben und sein eigenes Projekt dem Vorschlage des Budgetausschusses geopfert. Diese Nachgiebigkeit ist für den Augenblick überraschend, da das Kabinett am Freitag beschlossen hatte, auf seinem Plane zu beharren; Goblet, Dampfin und Florens hielten auch an ihrem Entschlusse fest, die übrigen Minister scheinen aber Bedenken getragen zu haben, einen Konflikt mit der Kammer hervorzurufen. So wurde im Ministerrathe mit 6 gegen die 3 Stimmen der vorgenannten Minister beschlossen, das Gegenprojekt des Kammerausschusses zu acceptiren. — In Tonkin ist ein wichtiger Schlag gegen die Insurgenten geführt worden. Wie aus Hanoi von heute berichtet wird, nahm der Oberst Brijsand in der Nacht vom 20. zum 21. d. M. die feindliche Stellung von Nihac in der Provinz Thanhwa weg. Die Rebellen, welche in voller Auflösung die Flucht ergriffen, verloren an Todten 500 Mann, die französischen Truppen hatten angeblich keine Verluste (?). Die Verfolgung wurde sofort eingeleitet.

Italien.

Rom, 23. Jan. Die bulgarischen Vertreter reisten nach Konstantinopel ab.

Portugal.

Lissabon, 23. Jan. Der Führer der konservativen Partei, Fontes Pereira Mello, ist gestern gestorben.

Ueber die in Kürze schon angezeigte Auflösung der portugiesischen Deputirtenkammer schreibt man aus Lissabon der „Polit. Korresp.“: Durch ein königliches Dekret vom 5. d. M. ist die Deputirtenkammer und der wählbare Theil der Pairskammer aufgelöst worden. Die Auflösung ist durch einen zwischen beiden Häusern der Volksvertretung und dem Kabinett entstandenen Konflikt herbeigeführt worden. Das Ministerium war weder mit den Resultaten der Präsidentschaftswahl in der Deputirtenkammer, noch mit der Zusammenfassung der von der Pairskammer gewählten Ausschüsse für die Beantwortung der Thronrede einverstanden und beantragte beim König die Auflösung der Deputirtenkammer und des wählbaren Theiles der Pairskammer.

Großbritannien.

London, 23. Jan. Chamberlain hielt gestern Abend in einer Wählerversammlung zu Havid eine Rede, in welcher er die jüngste Konferenz zwischen den (nicht zu den Unionisten gehörigen) Führern der liberalen Partei besprach. Wenn er auch zugebe, bemerkte Chamberlain, daß die Schwierigkeiten, welche zu überwinden wären, sehr ernste seien, so könne er doch konstatiren, daß die Hoffnungen, mit welchen man in die Konferenz eingetreten sei, sich erfüllt hätten durch das, was stattgefunden habe. Alle diejenigen, welche der Konferenz beigewohnt hätten, sowie diejenigen, welche in der Konferenz direkt oder indirekt vertreten gewesen, seien von dem loyalen Wunsche besetzt, die Eintracht auszubehnen bis zu den äußersten Grenzen der Prinzipien, welche beide Theile als fundamentale ansehen. In keinem Falle werde die Einigkeit der liberalen Partei erkauf werden durch eine Demüthigung oder Unterwerfung, welche den einen oder den andern Theil der Partei verächtlich machen könnte. Eine freie und ehrenhafte Meinungsverschiedenheit sei besser als ein gegen unehrenvolle Konzessionen erkaufter Waffenstillstand. (Chamberlain scheint also selbst ziemlich unverblümt zugegeben zu haben, daß die Konferenz ergebnislos geblieben ist.) — Wie dem Bureau Reuters aus Tientsin unter'm 20. d. telegraphirt wird, sind die Verhandlungen zwischen China und England über die Abtretung Port Hamilton's an China abgeschlossen und verbleibt nur noch die förmliche Uebergabe des Places an die Chinesen. — Derselben Quelle zufolge findet

gegenwärtig ein wichtiger Depeſchenwechſel zwiſchen der japaniſchen und der engliſchen Regierung über eine Reviſion des zwiſchen beiden Ländern beſtehenden Handelsvertrags ſtatt. Beide Parteien wünſchen eine Reviſion.

Die „St. James Gazette“ ſagt über den Bericht der zur Unterſuchung der Handelsſtockung niedergeſetzten königlichen Kommiſſion: „Im Ganzen genommen können wir dies aus den Arbeiten der Kommiſſion entnehmen: daß wir mehr (ausgenommen Lebensmittel) produzieren, als wir verkaufen können; daß wir auf die eine oder die andere Weiſe neue Märkte aufſchließen und unſeren Vorkauf auf die alten kräftigen müſſen — ob durch fiſkaliſche Anordnungen, durch größere Energie, oder durch noch weitere Verminderung der Produktionskoſten, bleibt eine offene Frage; daß das Ringen ſo lange andauern wird, als die Produktion den Konſum überſteigt, was noch eine gute Weiſe dauern dürfte; daß es keinen Grund zur Niedergeſchlagenheit gibt und daß, obwohl die große Konkurrenz und die Ueberproduktion den Profit geſchwächt haben, doch ein ſtetiges Wachen im Reichthum der Nation und eine gleichmäßigere Vertheilung der Produkte der Induſtrie vorhanden iſt.“

Dänemark.

Kopenhagen, 23. Jan. Der Kriegsminiſter Baſſon hat gelegentlich des Verfaſſungsfieſtes auf der Tremitageebene eine Anſprache gehalten, in welcher er der Beſtätigung Kopenhagens das Wort redete. Die Mittheilungen mehrerer Blätter über dieſe Rede haben Aufſehen erregt, weil nach ihnen der Miniſter offen die Eroberung Schlewigs als Aufgabe Dänemarks proklamirt hätte. Von beiderſeitiger Seite wird dem Wolffſchen Telegraphenbureau nun mitgetheilt, daß jene Blättermittheilungen unrichtig ſeien und die Rede des Miniſters völlig entſtellt wiedergäben.

Rußland.

St. Petersburg, 22. Jan. Der „Regierungsanzeiger“ bringt eine ausführliche Beſchreibung des am Donnerstag Abend ſtattgefundenen erſten officiellen Empfanges bei Laboulaye, dem neuen franzöſiſchen Botſchafter, welchem ſämmtliche in Petersburg anweſende Miniſter und ſonſtige hohe Würdenträger und das diplomatiſche Corps beiwohnten. — Wie das „Journal de St. Petersburg“ erzählt, begegneten die Beſtrebungen zu einer Beilegung der Krisis in Bulgarien einer günſtigen Aufnahme ſeitens der meiſten Regierungen, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünſchen. Die Hauptſache ſei, daß man ſich einer legalen Situation gegenüber befinde, wie ſie von Anfang an die ruffiſche Regierung verlangt habe. Eine Verſtändigung über die Wahl eines Fürſten, über die Bedingungen ſeiner Erwählung und ſeiner Kandidatur, welche Rußland als der Lage am beſten entſprechend erachte, würde ſelbſtverſtändlich folgen. Es ſei zu hoffen, daß dies Programm die allgemeine Zuſtimmung finden werde. — Jedenfalls werde Rußland nicht abweichen von ſeiner feſten und beharrlichen Politik.

Türkei.

Konſtantinopel, 23. Jan. Zankoff und der bulgariſche Vertreter Bulkowitſch hatten geſtern eine längere Unterredung mit dem Großweſſier. Es dürften in der bulgariſchen Angelegenheit keine beſtimmten Beſchlüſſe vor dem Eintreffen der bulgariſchen Delegirten gefaßt werden. — In Stelle von Sawas Paſcha, der bekanntlich ſeine Entlaſſung gegeben hatte, iſt der biſherige Generalprokurator am Kaſſationshofe, Koſtafki Anthopolu Eſſendi, zum Generalgouverneur von Kreta ernannt worden.

Die „Polit. Korreſp.“ meldet aus Konſtantinopel, in unterrichteten Kreiſen gelte die Bereitwilligkeit der bulgariſchen Regentſchaft, zurückzutreten, als prinzipiell geſichert, vorausgeſetzt, daß man in der Kandidatenfrage beruhigende Zuſicherungen erhalte. Da Rußland ſich für die Kandidatur des Fürſten von Mingrelien in ſeiner Weiſe offiziell engagirt habe und die Fortſchritte zu ſein ſcheine, ihr bekanntes, dieſe Kandidatur empfehlendes Zirkular zurückzuziehen, ſo glaube man die Schwierigkeit überwinden zu können und ſeine es, als ſeien die vertraulichen Unterhandlungen der Mächte augenblicklich beſonders hierauf gerichtet. Dem Bedenken Rußlands und der Türkei hiñſichtlich der Sobranje wolle man in Sofia gleichfalls Rechnung tragen und einer aus allen Parteien zuſammengeſetzten Koalitionsregierung die Aufgabe zuweiſen, durch Maßnahmen im Lande weitere Verhandlungen betreffs der Aufkündigung der Sobranje und der Ausſchreibung neuer Wahlen vorzubereiten. Die türkiſchen Kreiſe hoffen beſtimmt, daß die bulgariſche Frage auf dieſer Grundlage gelöst werde.

Amerika.

Washington, 22. Jan. Die Repräſentantenkammer genehmigte geſtern mit 219 gegen 41 Stimmen die ſog. „Inter state commerce Bill“, deren hauptſächlichſte Beſtimmung dahin geht, daß eine beſondere Kommiſſion mit der Regelung und der Kontrolle der Eiſenbahnverhältniſſe der Vereinigten Staaten beauftragt wird. Die Bill iſt vom Senate bereits genehmigt worden. — Die Verlängerung des Reziprozitätsvertrages zwiſchen den Vereinigten Staaten und Hawaii iſt vom Senate angenommen worden, mit einem Zuſatzartikel, welcher Amerika das excluſive Recht einräumt, in dem Hafen Pearl-River auf der Inſel Oahu einzulaufen und dort Kohlenlager und Docks zur Ausbeſſerung amerikaniſcher Schiffe anzulegen. Der Artikel, welcher übrigens von der Regierung Hawaiis noch nicht genehmigt iſt, ermächtigt die Vereinigten Staaten ferner, die Hafeneinfahrt zu verbeſſern und die hierzu erforderlichen Arbeiten auszuführen. Die Majorität der Mitglieder des Senats war der Anſicht, daß die politiſche Kontrolle über Hawaii ſeitens einer auswärtigen Macht die Pacificliſte der Vereinigten Staaten gefährden würde.

Wahlnachrichten.

Lauda, 24. Jan. (Tel.) Die geſtrige Vertrauensmänner-Verſammlung der liberalen Partei in Lauda war zahlreich beſucht. Privatier Klein in Wertheim nahm die Kandidatur an. Die Verſammlung verlor in gebobener Stimmung.

Laub, 23. Jan. In einer Verſammlung der nationalliberalen Partei wurde Herr Hofrath Professor Dr. Engler in Karlsruhe, nachdem Herr Sander eine Wiederwahl abgelehnt hatte, als Kandidat aufgeſtellt. Derſelbe hat die Kandidatur angenommen.

Freiburg, 23. Jan. Schon ſeit mehreren Tagen war das nationalliberale Wahlkomité beſtrebt, einen geeigneten Kandidaten für unſeren 5. Wahlkreis ausfindig zu machen, und nach mehreren Beſprechungen einigte man ſich, Herrn Oberbürgermeiſter Schuſter die Kandidatur anzutragen. Letzterer erklärte ſich zur Annahme bereit, wenn der Stadtrath keine Einwendungen im Intereſſe des ſtädtiſchen Dienſtes erhebe. In einer vertraulichen Sitzung des heutigen Tages erklärte der Stadtrath einſtimmig, daß er ſeinerſeits dieſer Kandidatur aus dienſtlichen Gründen keine Einwendung entgegenſetze. Heute Abend fand nun in der Harmonie eine außerordentlich beſuchte Verſammlung von Delegirten aus dem ganzen Wahlkreis ſtatt, in welcher die Kandidatur Schuſter's einſtimmig von den Liberalen ſowohl als von den zahlreich erſchienenen Konſervativen angenommen wurde. Die Verſammlung war eine ſehr animirte, vom beſten patriotiſchen Geiſt beſetzt. Die Redner, Rechtsanwalt Karl Maier, Major a. D. Kammerer, Diaſonus Maurer von Emmendingen, Major a. D. v. Tieghe, Oberamtmann Beck von Waldſirch, Hauptmann a. D. Wagner, hielten warme patriotiſche Anſprachen und hoben die vortreflichen Eigenſchaften unſeres Kandidaten hervor, der ſtets eine maßvolle Haltung in den Kämpfen der Parteien eingenommen hat und dem Freiburg in erſter Reihe ſeine gegenwärtige hohe Blüthe verdankt.

St. Gallen, 23. Jan. Die Wahlbewegung wurde von nationaler Seite eröffnet durch eine ſehr zahlreich, und zwar, wie hervorgehoben zu werden verdient, auch von Nichtangehörigen der nationalliberalen Partei beſuchte Wählerverſammlung, in welcher einſtimmig die Kandidatur unſeres bewährten biſherigen Vertreters Herrn Fr. K r a f f t wieder aufgeſtellt wurde. In gleichem Sinne haben ſich auch zahlreiche Zuſchriften aus allen Theilen des Bezirkes ausgeſprochen.

Berlin, 22. Jan. Die Nachrichten in der Preſſe über das Zuſammengeden der drei nationalen Parteien in Berlin ſind inſofern ungenau, als die Beſprechungen vom 20. d. M. einen mehr vorläufigen, in wichtigen Punkten der Beſtätigung durch die beſonderen Parteio rgane bedürftigen Charakter hatten. Dies gilt inſofern von der Form, in der die gemeinſame Aktion erfolgen ſoll, und der Bezeichnung der Kandidaten. Soweit in letzter Hinſicht Namen genannt ſind, ſo beziehen ſie vor Allem die Parteien, zu deren Gunſten die Aufſtellung der Kandidaten erfolgen ſolle. Danach würden die Konſervativen für den 1., 2., 4. und 5. Wahlkreis zu nominiren haben, die Freiſonſervativen für den 6., die Nationalliberalen für den 3. Deſinitive Abmachungen auf Grund des allgemeinen Wunſches gemeinſamer Aktion ſind in naher Zeit mit Sicherheit zu erwarten. („Poſt.“)

Breslau, 21. Jan. Der Vorſtand des Breslauer Nationalliberalen Wahlvereins hat beſchloſſen, mit dem Neuen Wahlverein und dem Deuſchkonſervativen Verein gemeinſchaftlich die Vorbereitungen zur Reichstagswahl zu treffen. Wie die „Schleſ. Ztg.“ erzählt, kommen die beiden zuletzt genannten Vereine dieſem Beſchlusse mit voller Bereitwilligkeit entgegen. Sowohl der Vorſtand des Neuen Wahlvereins als derjenige des Deuſchkonſervativen Vereins haben beſchloſſen, in die erwähnte gemeinſchaftliche Wahlvorbereitung einzutreten. Zu dieſem Zweck hat jeder Verein eine aus vier Perſonen beſtehende Kommiſſion eingeleſt.

Hannover, 24. Jan. Die geſtern hier abgehaltene nationalliberale Landesverſammlung war von mehreren tauſend Perſonen beſucht. Landesdirektor v. Bennigſen hielt eine höchſt beſißig aufgenommene Rede, worin er hervorhob, daß dieſejenige Liberalen, welche 1874 das Septennat gegen die Wünſche der Regierung durchgeſetzt haben, heute dasſelbe beſtimpften. Im Septennat liege die einzige Hoffnung, daß uns der Krieg vielleicht erſpart bleibe. Der Redner wies die Annahme zurück, als könne die Regierung die Mehrheit für Monopolzwecke benutzen. Die Verſammlung gab einſtimmig ihre Zuſtimmung zum Wahlbündniſſe. Herr v. Bennigſen kandidirt im 18. hannoveriſchen Wahlkreiſe (Stade).

Dresden, 22. Jan. Aus dem Chemnitzer Wahlkreiſe verläutet, daß daſelbſt Konſervative und Nationalliberale den Vertreter der Stadt im Landtage, Stadtrath Claus, als gemeinſamen Kandidaten aufgeſtellt haben. Welche Anſtrengungen in Chemnitz gemacht werden müſſen, wenn ein Erfolg erreicht werden ſoll, geht aus der Statiſtik über die letzte Wahl hervor, bei welcher der Sozialdemokrat Geiſer mit 14,512 Stimmen gewählt wurde, während der Kandidat der Konſervativen und Nationalliberalen 5762, der Deuſchfreiſinnige 4123 Stimmen erhielt. — Im 19. Wahlkreiſe (Stollberg) iſt von Seiten der Deuſchfreiſinnigen der Rechtsanwalt Dr. He n p e l als Kandidat aufgeſtellt worden. Der Wahlkreis war bei den letzten zwei Wahlen konſervativ (Ebert) vertreten. Erſt bei der Folge der Mandatsniederlegung Ebert's ſtattfindenden Nachwahl ging er an die Sozialdemokratie verloren. — In einer Donnerſtags Abend unter Vorſitz des biſherigen Reichstagsabgeordneten von Meißen, Kammerherrn v. Carlomag auf Proſchwig, im Kaiſerſaale abgehaltenen konſervativen Verſammlung wurde der Kammerherr v. F r i e d e n auf Rötha nach eingeholter Zuſtimmung der Verſammlung offiziell als Reichstagskandidat für den 7. ſächſiſchen Wahlkreis proklamirt.

Jena, 21. Jan. Die Konſervativen und Nationalliberalen des 3. Weimariſchen Wahlkreiſes (Jena-Neuſtadt) haben ſich dahin geeinigt, für die Reichstagswahl Professor Meyer (Jena) als gemeinſamen Kandidaten aufzuſtellen.

Kaſſel, 22. Jan. Die Nationalliberalen und die Konſervativen haben beſchloſſen, einen gemeinſamen Kandidaten für Kaſſel-Melungen in dem Konſistorialpräſidenten W e y r a n c h aufzuſtellen.

Frankfurt a. M., 22. Jan. Auf Antrage des Vorſtandes des Frankfurter „Wahlvereins“ hat unſer Landtagsabgeordneter, Herr Albert Meyer, ſich bereit erklärt, eine auf ihn fallende Wahl zum Reichstagsabgeordneten anzunehmen.

München, 22. Jan. Der Nationalliberale Verein in München hat geſtern Abend beſchloſſen, dem Wahlvereinsauſchuß zunächſt den biſherigen Abgeordneten für München I, Kommerzienrath S e d i m a y r, in Vorſchlag zu bringen. Der Demokratiſche Verein ſtellt in den beiden Münchener Wahlkreiſen den Volzhändler A. K r ö b e r als Jähkandidaten auf. Die ſozialdemokratiſche Partei ſoll gewillt ſein, Herrn v. V o l l m a r ſowohl für München I als für München II wieder aufzuſtellen, bei den vielen Zwifligkeiten, die im hieſigen ſozialdemokratiſchen Lager herrſchen, muß die Beſtätigung dieſer Meldung abgewartet werden. Im Wahlkreiſe Ansbach-Schwabach kandidirt wieder der Volksparteiler K r ö b e r-München. An Stelle des bei der Wahl 1884 unterlegenen früheren Abg. F e g e l haben die Liberalen des Wahlkreiſes den Amtsrichter Chriſtop v. K r a f f t aufgeſtellt. — Die

Zentrumsparthei in Unterfranken hat für die ſechs Wahlkreiſe die biſherigen Vertreter nominirt.

W. Kaiſerſlautern, 24. Jan. (Tel.) Das Centralwahlkomité der Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei ſtellt einſtimmig Dr. Miquel als Reichstagskandidaten im Wahlkreiſe Kaiſerſlautern-Kirchheimbolanden auf.

Neuſtadt a. S. Im hieſigen Reichstagswahlkreiſe iſt als Kandidat der nationalliberalen Partei Herr Dr. B ü r k l i n aufgeſtellt.

Strasburg, 22. Jan. Es iſt an dieſer Stelle kürzlich die Hoffnung ausgeſprochen worden, daß unſere Reichstagsabgeordneten ſich entſchließen möchten, wie Freiherr Jörn von Bulach, für das Septennat einzutreten. Ein Geſtern in dem Organ der Alt-Eiſäſſer (dem „Eiſäſſer Journal“) erſchienenes Schreiben macht die Erfüllung dieſer Hoffnung um ein gut Theil wahrſcheinlicher. Der Verfaſſer dieſes Briefes erklärt zunächſt, daß die Eiſäſſer-Volksbrüder ſich frei von den inneren politiſchen Kämpfen Deuſchlands gehalten und gegen keine Partei Verbindlichkeiten hätten; ſie könnten ſich entſcheiden einzig nach dem Intereſſe ihres Landes, und dies verlange das Eine: die Verhütung eines neuen Krieges; ein ſolcher würde fürchterlicher ſein als der letzte, deſſen Schrecken noch in frischer Erinnerung für Eiſäſſer-Volksbrüder ſtänden; dazu käme, daß die Mehrzahl der Familien im Reichsland bei einem neuen deutſch-franzöſiſchen Kriege Angehörige in beiden Heeren haben würde; dieſer Gedanke allein genüge, um einen Krieg als etwas Entſetzliches von ſich zu weiſen. Für die eiſäſſer-Volksbrüder Abgeordneten handle es ſich bei ihrer Stellungnahme zum Septennat nur um die eine Frage: bedeutet das Septennat den Krieg oder den Frieden? Nach den wiederholten Ausführungen des Kaiſers, des Fürſten Biſmarck und des Grafen Moltke könne ein Zweifel darüber nicht beſtehen, daß das Septennat den Frieden bedeute. Bei einer Oppoſition gegen das Septennat würden die Eiſäſſer-Volksbrüder die Rolle der Käse ſpielen, die dem Affen die Kaſtanien aus dem Feuer holt, und man müſſe ſich deſhalb dazu entſchließen, das Septennat anzunehmen, um ſo mehr, da hiñſichtlich der wiſſchaftlichen und finanziellen Wirkung Septennat und Triennat ſchließlich auf dasſelbe herauskommen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 24. Januar.

Geſtern Mittag fand Familienaſſe bei den Großherzoglichen Herrſchaften ſtatt. Abends kehrte Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Ludwig Wilhelm nach Heidelberg zurück.

Deute Vormittag empfing Seine königliche Hoheit der Großherzog den Staatsminiſter Turban und danach den Geheimrath Ellstätter zur Vortragserſtattung.

Nachmittags ertheilte Seine königliche Hoheit dem Großherzoglichen Geſandten in Berlin Freiherrn von Marſchall Audienz. Danach hörte der Großherzog die Vorträge des Legationsſekretärs Freiherrn von Babo und des Staatsraths Freiherrn von Ungern-Sternberg.

Von Seiner königlichen Hoheit dem Erbgroßherzog ſind ſeit unſeren letzten Mittheilungen fortwährend ſehr befriedigende Nachrichten hierher gelangt. Die allgemeine Kräftigung iſt in erfreulichſter Weiſe fortgeſchritten und gibt ſich in dem friſchen Ausſehen kund, das viele Perſonen erfreut, welche den Erbgroßherzog in den letzten Wochen zu ſehen Gelegenheit hatten. Dem entſprechend iſt auch eine nicht unerhebliche Körpergewichtszunahme eingetreten.

Mit Ausnahme weniger falter Regentage, an denen der Erbgroßherzog zu Hauſe blieb, konnte höchſtderſelbe ſonſt regelmäßig größere Gänge unternehmen und dabei das beſonders empfohlene Bergreiten mit gutem Erfolg üben. — Auch einige größere Ausflüge haben die Erbgroßherzoglichen Herrſchaften ausgeführt. Mehrmals waren dieſelben in Riſſa, zuerſt bei Ihren Majestäten dem König und der Königin von Württemberg, dann zur Beſichtigung der Stadt und vor einigen Tagen zum Beſuch bei Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Herzogin von Sachſen-Koburg-Gotha. Auch zu Schiff wurden einige Ausflüge auf die naheliegenden Inſeln unternommen. — Ihre königlichen Hoheiten verkehrten viel mit den Großherzoglich Mecklenburgiſchen Herrſchaften und haben manche Perſonen unter den vielen Wintergäſten empfangen und zu ſich eingeladen. Seit einigen Tagen iſt der Erbprinz von Naſſau in Cannes zum Beſuch eingetroffen und in nächſter Zeit werden Ihre Hoheiten den Herzog und die Herzogin von Naſſau dort erwarten.

Seine königliche Hoheit der Erbgroßherzog iſt in lebhaftem ſchriftlichen Verkehr mit Seinen hohen Eltern und verfolgt mit regem Intereſſe die heimathlichen Ereigniſſe.

Der Bundesrath hat in Betreff der Stempelfreiheit der Loſe von Lotterien zu mildthätigen Zwecken in ſeiner Sitzung vom 19. November 1886 folgenden Beſchlus gefaßt:

„Als „mildthätiger Zweck“ im Sinne der Befreiungsvorſchrift zur Tarifnummer 5 des Reichſtempelgeſetzes (Reichsgeſetzblatt für 1885 S. 179) iſt lediglich die Unterſtützung hilfsbedürftiger Perſonen anzuziehen, gleichviel ob der Erlös der Lotterie oder Ausſpielung unmittelbar an hilfsbedürftige Perſonen vertheilt wird oder Anſtalten zuſteht, welche ſich die Unterſtützung hilfsbedürftiger zur Aufgabe ſtellen. Auf Verloosungen zu gemeinnützigen oder zu religiöſen Zwecken, z. B. zu Kirchenbauten oder Miſſionszwecken, erſtreckt ſich die Befreiung nicht.“

Der biſherige Generalkonſul in Odeſſa, Dr. Heinrich Focke, iſt zum deutſchen Generalkonſul in Shanghai für China ernannt worden.

Seine Excellenz der Präſident des Großherzogthums Baden, Herr Geh. Rath Ellstätter iſt geſtern von Berlin zurückgekehrt.

(Künstliche Fischzucht im Bodensee.) Bis in die neueste Zeit war die im Bodensee wertvollste Fischart — die Felchen — einer Schonung während ihrer in die Monate November und Dezember fallenden Laichzeit nicht unterworfen; eine Aenderung hierin trat erst durch die Verordnung vom 5. Februar 1885 ein, welche für die Felchen eine Schonzeit vom 15. November bis 15. Dezember vorschrieb. Allerdings darf auch während dieser Zeit in ähnlicher Weise, wie dies für die Lachs- und Forellenzucht verordnet ist, die Erlaubnis zum Felchenfang an einzelne Fischer erteilt werden, die Erlaubnis ist aber davon abhängig zu machen, daß die betreffenden Fischer sich verpflichten, die Laichstoffe (Krogen und Wüls) der gefangenen laichreifen Felchen für die Zwecke der künstlichen Fischzucht, sei es durch Ablieferung der Eier an Fischbrutanstalten, sei es durch Aussetzen der befruchteten Eier an geeigneten Stellen des Sees, nutzbar zu machen. Diese Vorschriften sind erstmals in den Monaten November und Dezember des verfloffenen Jahres zur Anwendung gekommen, wobei zur Sicherung der Durchführung der Vorschriften das Fischereiaufsichtspersonal eine entsprechende Verstärkung erhielt. Im Ganzen machten von der Erlaubnis zum Felchenfang 96 Personen mit 14 Schiffen Gebrauch und wurden von dem Aufsichtspersonal 2,800,000 Felcheneier (Weiß- und Sandfelchen) und 430,000 Saugfischerei eingesammelt. Die letzteren wurden insgesamt bei Ermatungen ausgefressen, von den erlernten kamen 1,800,000 an die Fischzuchtanstalt Radolfzell zur Ablieferung, die restliche Million gelangte, da diese Anstalt eine größere Anzahl Eier nicht aufnehmen vermochte und zur Zeit weitere Brutanstalten am See leider nicht bestehen, an verschiedenen Stellen des Sees zur Ausfischung. Die in der Radolfzeller Anstalt ausgedrüteten Fischchen werden f. Bt. ebenfalls dem Bodensee übergeben werden. Wenn in dieser Weise auch in den folgenden Jahren fortgeföhrt wird und wenn die anderen Seenstaaten ihren Fischern, wie dies in Aussicht genommen ist, ähnliche Verpflichtungen auferlegen, so darf alsbald mit Sicherheit auf eine ansehnliche Vermehrung der Felchenbestände des Bodensees gerechnet werden. Jedenfalls ist es als eine Verbesserung zu betrachten, daß die Millionen von Eiern, welche früher beim Felchenfang zur Winterzeit für die Nachzucht verloren gingen, nunmehr zu einem namhaften Teil ihrer Bestimmung erhalten bleiben.

(Die gestern hier selbst abgehaltene Landesversammlung der nationalliberalen Bezirkevereine) ergriff sich, wie die „Bad. Landeszeitung“ berichtet, einer imposanten Beteiligungs aus wohl allen Theilen unseres Heimathlandes. Wir entnehmen dem genannten Blatte folgendes Referat darüber: Die Versammlung erwählte Herrn Bankdirektor Eckhard-Mannheim zum ersten, Herrn Stadtrat Lechtlin-Karlsruhe zum zweiten Vorsitzenden. Die Verhandlungen, welche sich bis nach 2 Uhr Nachmittags ausdehnten, nahmen den erfreulichsten Verlauf. Die Herren Kamey und Kiefer waren leider am Erscheinen verhindert. Der in Berlin zwischen Nationalliberalen und Konservativen vereinbarte Kompromiß wurde von der Versammlung für diese bevorstehende Reichstagswahl gutgeheißen. Die beiden Kompromißkandidaten der Konservativen im 12. und 13. Wahlkreis werden demnach von den Nationalliberalen mit Hinblick auf ihre septennatfreundliche Stellung unterstützt werden. Ein Präjudiz für künftige Wahlbewegungen in dessen soll hierdurch auf keinen Fall geschaffen werden, da die nationalliberale Partei nach wie vor eine selbständige Parteirichtung einschlagen wird. Als Kandidaten für den Reichstag sind nachstehende Herren als in Vorschlag gebracht zu betrachten: Noyzel 1. Wahlkreis, Kraft 3. Wahlkreis, Oberbürgermeister Schuster 5. Wahlkreis, Generalleutnant v. Degenfeld 7. Wahlkreis, Klump 9. Wahlkreis, Erster Staatsanwalt Fischer 10. Wahlkreis, Kommerzienrath Diffe 11. Wahlkreis. Im 14. Wahlkreis (Lauderbachsheim) soll Abg. Klein als Bahlkandidat aufgestellt werden. Für den 2. Wahlkreis (Hornstein) ist die Aufstellung eines eigenen nationalliberalen Kandidaten nicht beabsichtigt, obwohl Herr v. Hornstein feiner der vertraglich liegenden Parteien angehört. Im 4., 6. und 8. Wahlkreis wird die Kandidaturaufstellung erst noch erfolgen. Die Versammlung erledigte die an und für sich ungemein schwierige Tagesordnung — wie hier ausdrücklich betont sei — ohne jede Erregung, glatt und verständig. Die Herren Eckhard, Kiefer und Lechtlin hielten mehrere Ansprachen an die Versammelten. Insbesondere zündete die martige, von edlem vaterländischen Feuer durchglühete Schlussansprache des Herrn Eckhard. Das schwierige Werk, das der Annahme des Kompromißes für diese Wahlen, wurde zu allseitiger Zufriedenheit unter Dach gebracht. Die Versammlung wurde nach 2 Uhr Nachmittags mit einem jubelnd erwiderten Hoch auf den Kaiser geschlossen.

Die Versammlung beschloß an die nationalliberalen Wähler nachstehenden Aufruf zu richten:

„Wähler! Ihr seid zum 21. Februar zur erneuten Ausübung eures Wahlrechtes berufen. Seid eingedenk, daß Ihr bei der Wahl nicht bloß ein Recht ausübt, sondern auch eine Pflicht erfüllt, eine heilige Pflicht dem Vaterland gegenüber. Prüft sorgsam und gewissenhaft, ehe Ihr zur Wahlurne schreitet, wer es verdient, eure Stimme zu erhalten. Ihr kennt die Veranlassung, welche die Auflösung des Reichstages herbeiführte. Eine aus den verschiedenartigsten Elementen zusammengebrachte Mehrheit: Ultramontane, Radikale und Sozialisten, Polen und Französisch-Gefinnte haben die zur Sicherheit unserer Grenzen, zum Schutze eures heimathlichen Herdes unbedingt notwendigen Mittel verweigert. Ja verweigert! Gläubt nicht, wenn Euch gesagt wird, man habe Alles bewilligen wollen. Nichts wäre zu Stande gekommen, wenn es zur entscheidenden dritten Lesung gekommen wäre. An Euch ist es, diese Mehrheit zu brechen. Denkt an die Zeit der Zerrissenheit unseres Vaterlandes, denkt an die schwer errungene und schwer zu behauptende Einheit. Laßt Euch nicht täuschen durch die Verdächtigung unserer Wiberfacher, welche uns allerlei geheime Pläne, Tabakmonopol, Steuererhöhungen u. dergl. untergeschoben, laßt Euch auch nicht täuschen, wenn Ihr zur Verteidigung angeblich bedrohter Verfassungsrechte aufgerufen werdet. Keine Freiheit, kein Verfassungsrecht ist bedroht, bedroht ist einzig und allein unser Vaterland, bedroht ist die mühsam vom Kanzler behauptete Friedenspolitik, bedroht ist die ruhige Entwicklung von Handel und Verkehr, wenn es nicht gelingt, Deutschlands militärische Macht so zu vervollkommen, daß jeder Nachbar vor einem Angriff zurückschreckt. Und wenn traut Ihr das entscheidende Urtheil in militärischen Dingen zu? Blickt auf die drei Männer, die das Reich geschaffen, den deutschen Namen zu Ehren gebracht — den greisen Kaiser, den Stolz der Nation, den Hort des Landes; den Kanzler, dessen Einsicht sich allezeit bewährt; den Feldmarschall Wolffe, den Sieger der Schlachten. Kommt Ihr noch zweifeln, ob Ihr Anhänger oder Gegner der Politik dieser Männer wählen sollt? Laßt andere Rücksichten zurücktreten vor der großen Frage der Einheit und Sicherheit des Vaterlandes.“

Badische Wähler! Denkt daran, daß wir bis zu dem großen Kriegsjahr von 1870 ein Grenzland waren, daß unser Land noch heute nahe der Grenze liegt! Gedankt früherer Verwägung, die über Baden gekommen. Sie wird sich in verstärktem Maße wiederholen, wenn unsere Nachbarn an unserer Kriegshäute zu zweifeln beginnen. Denkt daran, daß die Vermehrung der Truppen auch heute dazu bestimmt ist, einen feindlichen Einfall von unserer Grenze abzuhalten. Wollt Ihr hiergegen Sicherheit, wollt Ihr die Erhaltung des Friedens, so gebt nur einem solchen Manne eure Stimme, der ohne Rückhalt für die siebenjährige Bewilligung der Friedenspräsenzstärke eintritt. Stützt die Nation nicht ohne jede Veranlassung unter den Augen des Auslandes in einen Konflikt, der unser politisches Leben zerschüttern muß. Sorgt vielmehr dafür, daß nur Männer gewählt werden, die gewillt sind, das Vaterland höher zu stellen, als die Partei, die gewillt sind, sich in patriotischer, den wahren Interessen des Volkes dienender Opferwilligkeit an der politischen Arbeit zu betheiligen. Der Kaiser hat an die Deutschen appellirt, an Euch ist es, als Deutsche dem Kaiser so zu antworten, daß er in seinem hohen Alter das Werk seines Lebens einmüthig von der Nation verteidigt sieht. Der Ausschuß der nationalliberalen Partei in Baden.“

Die „Badische Landpost“ bemerkt zu der vorstehend mitgetheilten Kandidatenauflistung: „Es ist zweifellos, daß konservativereits die Kandidaturen auf's kräftigste unterstützt werden.“

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) Berlin, 24. Jan. Das Abgeordnetenhaus beschloß heute mit der zweiten Lesung des Etats. Bei der Berathung über den Etat des Ministeriums des Innern (Position Gehaltschaften) kommt Fürst Bismarck, nachdem Graf Limburg-Stürum die Position befürwortet hat, auf die jüngsten Reichstagsverhandlungen zurück.

Fürst Bismarck erklärt, die Bundesregierungen hätten in der Reichsverfassung einen wesentlichen Theil ihrer Rechte an den Kaiser abgetreten, der Kaiser befinde sich gar nicht in der Lage, von diesen Rechten irgend Jemand etwas zu überlassen, am wenigsten einem Reichstage, der den verbündeten Regierungen so wenig Vertrauen bewiesen habe wie der letzte. Auch der Schutz des Reiches sei dem Kaiser übertragen, nicht der Majorität des Reichstags oder den Führern einzelner Parteien. Der Unterschied zwischen dreijähriger und siebenjähriger Bewilligung werde als unerheblich hingestellt, es sei aber unmöglich, daß der Reichstag nach Belieben in militärische Verhältnisse eingreife. Fürst Bismarck weist auf Artikel 60 der Verfassung hin, wonach die Präsenzstärke durch Gesetz festzusetzen ist; daraus folge, daß die Bewilligung nicht periodisch oder durch das Budget erfolgen solle. Die Regierung war berechtigt, ein Aeternat zu fordern; sie habe aber eine fortschreitende Entwicklung der Heeresverhältnisse gewollt und sich durch Kompromiß zu dem Septennat verstanden, das durch zweimalige Wiederholung zum Gewohnheitsrecht geworden. Eine zweifelpredende Entwicklung der Heeresorganisation sei in drei Jahren nicht erreichbar. Der Konflikt sei von Denen heraufgeschworen, welche eine langsame Entwicklung der Organisation nicht wollten. Auch dem Auslande gegenüber sei es von erheblichem Unterschied, ob eine dreijährige oder eine siebenjährige Erhöhung der Friedensstärke bewilligt werde.

Die Regierung habe bei der Auflösung des Reichstags nicht an Monopole gedacht, sie beabsichtige ebensowenig die Heraufschöpfung einer Reaktionsperiode. Monopole würden kommen, wenn ein wirklicher Krieg erschiene, der alle Finanzkräfte erschöpfe. Die letzte Reichstagsmajorität sei nur durch Intransigenten hergestellt, welche schließlich gegen das ganze Gesetz gestimmt haben würden. Einer solchen Majorität könne das Wohl und Wehe des Reichs

nicht anvertraut werden. Die Auflösung des Reichstags erschien daher als eine unabwendbare Nothwendigkeit, um zu gesunden Zuständen zu gelangen. Die Regierung wolle noch einmal an die Vaterlandsliebe und die Verfassungstreue appelliren.

Dem Abg. Windthorst gegenüber erklärt Fürst Bismarck, er gebe die verlangte Auskunft unumwunden dahin, daß unter den verbündeten Regierungen von einer Aufhebung des Wahlgesetzes nicht die Rede sei. Weßhalb sucht das Zentrum denn dauernd Verbindung mit den Sozialisten, deren Mehrzahl mit Unterstützung des Zentrums gewählt worden ist? Der Papst selbst hat sich darüber ausgesprochen und der Papst ist ein Mann der Friedenserhaltung, wovon die Wähler noch vor den Wahlen sich überzeugen werden. Was die Fortschrittspartei anbelange, so sehe er sie als eine antimonarchische, krypto-republikanische an.

Abg. Richter behauptet erneut, die Regierung strebe Monopole und die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts an. Die freisinnige Partei habe Alles bewilligt, aber nur auf drei Jahre, weil sie ihre Wünsche, namentlich hinsichtlich der kürzeren Dienstzeit nicht plötzlich durchführen, sondern eine Uebergangszeit bewilligen wolle. Wir wollen eine unabhängige Volksvertretung zum Schutz des Rechts des Volkes wie des Rechts der Krone.

Fürst Bismarck protestirt nochmals gegen die Behauptung, er beabsichtige die Einführung von Monopolen und beleuchtet das Verhalten der Fortschrittspartei, die bei dem Kampf um Schleswig-Holstein mehr auf der dänischen Seite gestanden habe und gegen den Norddeutschen Reichstag, gegen die Reichsverfassung gestimmt, 1869 die Abrüstung beantragt habe, gegen Alles gewesen sei, was die Regierung angestrebt hat und trotzdem zu Stande gekommen ist. „Ich glaube deshalb auch, daß ich die Militärvorlage, weil die Fortschrittspartei dagegen ist, durchsetzen werde.“

Meyer (Breslau) bestritt, daß die freisinnige Partei in der Gefolgschaft des Zentrums sei und führt aus, ein Monopol werde dem Lande nur so lange erzwungen sein, als das bestehende Wahlrecht nicht geändert werde.

Berlin, 24. Jan. Dem „Reichsanzeiger“ zufolge ernannte Se. Maj. der Kaiser den Historiographen Prof. Treitschke, Dr. Gustav Freitag und den Komponisten Johannes Brahms nach stattgehabter Wahl zu stimmfähigen Rittern des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste, sowie den Maestro Giuseppe Verdi zum auswärtigen Ritter des Ordens.

Berlin, 24. Jan. Der Erlaß eines Pferdeausfuhrverbots wird in den nächsten Tagen erwartet.

Rom, 24. Jan. Die bulgarischen Abgeordneten Grefow und Stoilow schifften sich Nachts in Brindisi ein, um nach Konstantinopel via Corfu zu fahren.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Dienstag, 25. Jan. 15. Ab.-Vorst. Zum erstenmale wiederholt: „Die Hochzeit auf dem Auentin“, Trauerspiel in 5 Akten, von Paul Deuse. Anfang 6 1/2 Uhr.

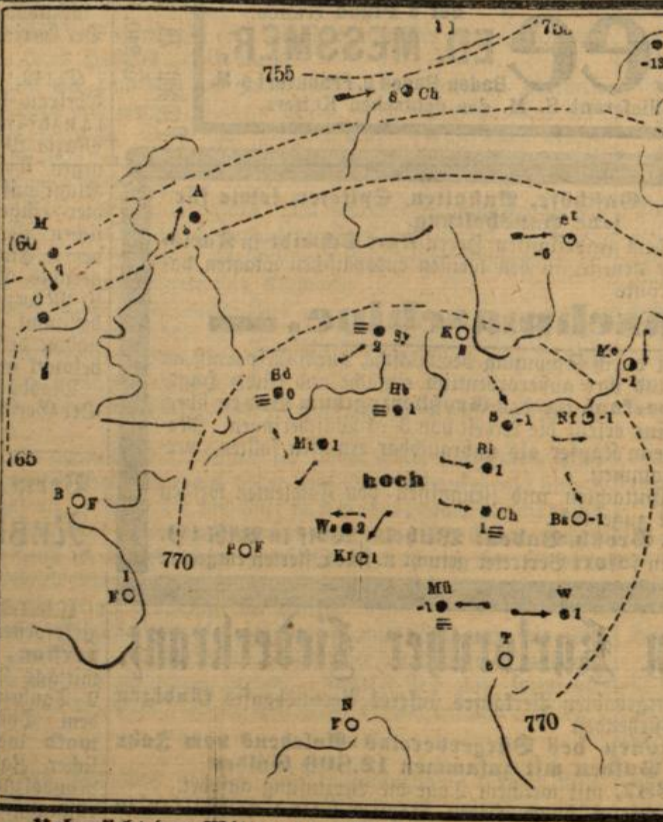
In Baden: Mittwoch, 26. Jan. 15. Ab.-Vorst. Neu einstudirt: „Gräfin Lea“, Schauspiel in 5 Akten, von Paul Hindau. Anfang 6 1/2 Uhr.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

| Januar | Barom. mm | Therm. in C. | Abf. Feucht. in mm | Relat. Feucht. in % | Wind | Wimmel. |
|------------------|-----------|--------------|--------------------|---------------------|-----------------|------------|
| 22. Nachts 9 U. | 763.8 | - 0.4 | 4.5 | 100 | SW ₂ | klar |
| 23. Morgs. 7 U. | 764.1 | - 0.8 | 4.2 | 96 | SW ₁ | bedeckt |
| 23. Mittags 2 U. | 763.3 | + 1.4 | 3.8 | 74 | NE ₀ | klar |
| 23. Nachts 9 U. | 763.5 | + 0.6 | 4.2 | 89 | NE ₀ | klar |
| 24. Morgs. 7 U. | 761.3 | - 0.2 | 4.1 | 90 | NE ₁ | wenig bew. |
| 24. Mittags 2 U. | 759.7 | + 3.2 | 4.1 | 71 | NE ₁ | wenig bew. |

Wasserstand des Rheins. Mainz, 23. Jan., Morgs. 3.12 m, gestiegen 1 cm. — 24. Jan., Morgs. 3.13 m, gestiegen 1 cm.

Wetterkarte vom 24. Januar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Ein barometrisches Maximum von über 770 mm mit ruhigem, fast nebligem Wetter und meist sinkender Temperatur lagert über Centraluropa und erstreckt seinen Wirkungskreis über ganz Westeuropa. Tiefe Depressionen liegen im hohen Norden und im Innern Rußlands. Im südlichen und östlichen Deutschland herrscht leichter Frost, im mittleren sind stellenweise Niederschläge gefallen. Ueber Großbritannien ist das Barometer wieder stark gefallen. (Deutsche Schwärze.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 24. Januar 1887.

| Staatspapiere. | | Bahnaktien. | |
|---------------------------|---------|---------------------|---------|
| 4% Deutsche Reichsanleihe | 105.20 | Staatsbahn | 196.— |
| 4% Preuß. Konf. | 105.20 | Lombarden | 78.— |
| 4% Baden in fl. | 103.55 | Galizier | 159.— |
| 4% „ in M. | 105.— | Elbthal | 128 3/4 |
| Defterr. Goldrente | 88.50 | Medlenburger | 154.50 |
| Silberr. | 64.30 | Hess. Ludwigsbahn | — |
| 4% Ungar. Goldr. | 79.50 | Lübeck-BüchenerBh. | 157.50 |
| 1877r. Russen | 95.20 | Gottfard | 94.40 |
| 1880r. „ | 80.90 | Wechsel und Sorten. | — |
| II. Orientanleihe | 57.20 | 1877r. Russen | 95.20 |
| Italiener compt. | 97.50 | 1880r. „ | 80.90 |
| Egypter | 72.50 | II. Orientanleihe | 57.20 |
| Spanier | 63.90 | Italiener compt. | 97.50 |
| 5% Serben | 78.— | Egypter | 72.50 |
| Kreditaktien | 222 3/4 | Spanier | 63.90 |
| Disconto-Kommandit | 194.30 | 5% Serben | 78.— |
| Basler Bankver. | 165.50 | Kreditaktien | 222 3/4 |
| Darmstädter Bank | 133.50 | Disconto-Kommandit | 194.30 |
| 5% Serb. Hyp. Db. | 79.30 | Basler Bankver. | 165.50 |
| | | Darmstädter Bank | 133.50 |
| | | 5% Serb. Hyp. Db. | 79.30 |
| | | | |

Verlin. Deft. Kreditakt. 460.50, Staatsbahn 390.—, Lombarden 158.—, Disf.-Kommand. 193.90, Laurahütte 83.20, Dortmunder 63.10, Marienburger 41.80, Medlenburger —, Tendenz: —.

Wien. Kreditaktien 282.80, Marknoten 62.25, Tendenz: besser. Paris. Rente 108.90, Spanier 63 1/2, Egvpter 363, Ottomane 499, Tendenz: —.

